



Eine graue Schotterfläche mit grünen Tuffern – so sehen auch in Bielefeld eine ganze Anzahl von Vorgärten aus. Weil die als schön und pflegeleicht gelten, sind sie bei Hausbesitzern beliebt. Allerdings nicht bei Insekten und Vögeln.
FOTO: IVONNE MICHEL

Schottergärten werden verboten

Die Stadt fährt zweigleisig. Sie werkelt am Komplett-Verbot. Politisch unterstützt das die neue Koalition aus SPD, Grünen und Linken. Eine Förderung zur Umwandlung bestehender Gärten könnte neu aufgelegt werden.

Silke Kröger

■ **Bielefeld.** Die Stadt will schon seit längerem das ausufernde Problem der bei manchem Bürger beliebten Schotter-Vorgärten in den Griff bekommen. Nun bekommt sie starken Rückenwind aus der Politik. „Schottergärten werden in neuen Bebauungsplänen verboten“, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und Linken.

Ein erster Versuch zur Entsigelung und Umwandlung steinerner Flächen in blumig-grüne Kleingärten war 2020 ein städtisches Förderprogramm. 500 Euro gab's dafür. Nun wollen Politik und Verwaltung zu dem künftige Schottergärten durch Vorschriften in Bebauungsplänen verbieten. Daran wurde im Rathaus schon länger gewerkelt. Im Umweltausschuss hat sich die Ratsfraktion der Grünen jetzt dafür

starkgemacht, das Förderprogramm fünf weitere Jahre zu verlängern.

Schottergärten sind oft minimalistisch gestaltet, in Graustufen, einzelnen Pflanzen oder Figurenelementen. Ob sie ästhetisch-schön sind, ist eine Entscheidung des persönlichen Geschmacks. Würden auch Naturschützer. Bereits im Herbst 2020 haben Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt und Naturschutzbund Deutschland in ihrer Initiative Artenvielfalt NRW ein klares Verbot gefordert.

Über das Insekten- und Vogelsterben nur zu klagen helfe „keiner einzigen Wildbiene auf der Suche nach Nektar und keiner Amsel, die nach einem

Wurm sucht“, argumentieren die Naturschützer. Für die Schotterung müsse Humus abgetragen werden, dann werde die Fläche mit Vlies oder Folie abgedeckt und mit kleinen Steinen aufgefüllt. Holger Sticht, BUND-Landeschef, verwies darauf, dass der Trend die sowieso schon negativen Auswirkungen des Klimawandels verstärke: Die Steine speicherten Wärme und strahlten sie wieder ab; Pflanzen aber beschatteten den Boden und sorgten für Verdunstungskühle. Und: Niederschläge könnten im Schottergarten nicht mehr versickern.

In der Leineweberstadt haben grau versiegelte Vorgärten ebenfalls ihre Anhänger. Auch neue Eigenheimbesitzer neigen offenbar mehr zu Pflastersteinen, Schotter und Kies als zu spritzendem Grün. BUND-Mitglieder haben festgestellt, dass es sogar Häuser

gebe, deren Vorgarten trotz offizieller Beschränkung zu 100 Prozent mit Pflastersteinen versiegelt wurden.

Im vergangenen Frühjahr hat die Stadt einen Fördertopf zur Umwandlung von Graustufen mit 25.000 Euro geöffnet. 25 Anträge gingen ein, gezahlt wurden je 500 Euro. Der Rest, 12.500 Euro, sei am Ende des Förderzeitraums verfallen, berichtet die Leiterin des Umweltamts, Tanja Möller. Der Vorstoß der grünen Ratsfraktion im Umweltausschuss, das Programm bis 2025 mit einem Gesamtvolumen von maximal 200 Projekten zu verlängern, wurde nun allerdings verjagt – einige Umweltausschuss-Mitglieder hatten noch Detailfragen. Eine Entscheidung erwartet Klaus Feurich, umweltpolitischer Sprecher der Grünen, in der kommenden Sitzung am 23. März.

Die Verwaltung will zur Ver-

hinderung von Schottergärten „zukünftig, wenn rechtlich zulässig, in Bebauungsplänen Festsetzungen zur Gestaltung der Vorgärten“ einarbeiten. „Die nicht baulich genutzten Freiflächen der Baugrundstücke sind zwingend zu begrünen und als unversiegelte Vegetationsfläche gärtnerisch zu gestalten. Die Anlage von Kies-, Schotter- oder Steinschüttungen ist unzulässig“, könnte die Vorgabe lauten. „Das wäre praktisch ein Verbot von Schottergärten“, sagt Feurich. Im laufenden B-Plan-Verfahren Böckmannsfeld gebe es das bereits.

In der Sennestädter Klimaschutzsiedlung sind die Planer ebenfalls längst so weit. Stadtentwickler Armin Jung betonte schon beim symbolischen ersten Spatenstich Ende vergangenen Jahres: „Hier wird es auch die vielkritisiersten Stein-Vorgärten nicht geben.“

Britta Haßelmann ist Bundestagskandidatin

Grüne wählen sie mit sehr großer Mehrheit.

■ **Bielefeld.** Die digitale Wahlversammlung der Grünen in Bielefeld hat Britta Haßelmann mit 66 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung erneut zur Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 132 gewählt. Die Wahl muss nun noch schriftlich bestätigt werden.

Haßelmann betonte, dass es Zeit für einen Politikwechsel sei: „Dies ist angesichts der Korruptionsaffäre in der Union wieder überdeutlich geworden. Gekaufte Politik darf es nicht geben. Im Bundestag setzen wir uns seit Jahren gemeinsam mit Bündnispartnern aus der Zivilgesellschaft für ein gesetzliches Lobbyregister mit legislativem Fußabdruck ein, für strengere Regeln in der Parteienfinanzierung und für schärfere Regeln und Gesetze bei Nebeneinkünften von Abgeordneten.“

Es dürfe keine entgeltliche Lobbytätigkeit bei Abgeordneten geben. „Ich bin überzeugt, dass wir mehr Transparenz und striktere Gesetze brauchen, um Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen zurückzugewinnen. Unsere Demokratie lebt vom Vertrauen in unsere Parlamente und in die Abgeordneten, das zeigt sich ganz besonders in der Krise“, sagt die Frischgewählte.

Cim Kartal, Sprecher der Grünen Bielefeld, sagt zur Wahl Haßelmanns: „Ich freue mich sehr, dass wir 2021 erneut und mit Rückenwind aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Britta Haßelmann ins Rennen um das Bundestagsmandat schicken. Die Landtagswahlen haben erneut gezeigt: Wir Grüne können auch die Direktmandate holen.“

Britta Haßelmann tritt für den Bundestag an. FOTO: OSTFLUT.NET



Britta Haßelmann tritt für den Bundestag an. FOTO: OSTFLUT.NET

Neue Westfälische

Herausgeber: Klaus Schrotthofer

Chefredakteur: Thomas Seim
Stv. Chefredakteur: Carsten Heil

Lokales: Andrea Rolles (Leitung)
Stefan Gerold (Stv.)
Redaktionstechnik: Stefan Weber

Die Neue Westfälische ist Partner der Redaktionsgemeinschaft der ostwestfälisch-lippischen Verlage. Geschäftsführung: Sandra Dalk
Chefredaktion: Thomas Seim (v.i.s.d.P.), Jörg Rinne (Stv.), Martin Fröhlich (Stv.), Christian Lund (Stv.)
Politik, Nachrichten: Dirk Müller, Zwischen Weser und Rhein: Sigrun Müller-Gerbes, Wirtschaf: Martin Fröhlich; Kultur/Medien: Stefan Brams; Sport: Torsien Ziegler; Reporter: Matthias Bungeoth
Büro Düsseldorf: Ingo Kalischek

Redaktionsgemeinschaft der ostwestfälisch-lippischen Verlage GmbH & Co. KG
Niederstr. 21-27, 33602 Bielefeld

Veröffentlichungen in Print- oder elektronischen Medien sowie Vervielfältigungen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Rücksendung unautogefordertes eingescandter Manuskripte, Bücher, Zeitschriften und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlicher Anzeigenleiter:
Michael-Joachim Appelt

Anschrift für Redaktion und Verlag: ZEITUNG VERLAG NEUE WESTFÄLISCHE GmbH & Co. KG, 33602 Bielefeld, Niederstraße 21-27, Pressehaus, Postfach 10 02 25, 33502 Bielefeld, Telefon (05 21) 5 55-0, Telefax 5 55-3 48 und -3 49.

Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 1. Januar 2021.

Monatlicher Bezugspreis bei Trägerzustellung 41,90 EUR, bei Postzustellung 47,20 EUR; ePaper 27,90 EUR, jeweils inkl. 7% MwSt.. Bei Abonnement-Unterbrechung erfolgt eine Rückvergütung des Bezugspreises ab dem 7. Tag der Unterbrechung. Das Abonnement kann mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende gekündigt werden (Datum des Poststempels). Abbestellungen sind schriftlich an den Verlag zu richten. Zusteller nehmen Abbestellungen nicht entgegen. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Arbeitskämpfen oder in Fällen höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist, soweit das Gesetz zwingend nichts anderes vorschreibt, der Sitz des Verlages.

In der Zeitung NEUE WESTFÄLISCHE erscheinen regelmäßig das Veranstaltungsmagazin ERWIN an jedem Donnerstag sowie an jedem Dienstag die Beilage „prima – Wochenmagazin zur Zeitung“. Sofern sie Artikel dieser Zeitung in Ihre internen elektronischen Pressespiegel übernehmen wollen, erhalten sie erforderliche Rechte unter www.press-monitor.de oder unter Telefon (030) 28 49 30, Pressemonitor GmbH.

Geschäftsführung: Klaus Schrotthofer
Herstellung: J. D. Küster Nachf. + Presse-Druck GmbH & Co. KG, Bielefeld.
Geprüfter Qualitätsbetrieb, zertifiziert nach ISO 12647-3.
Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Ostwestfälisch-Lippischer Zeitungsverlage“.

Internet: www.nw.de
E-Mail: bielefeld@nw.de

Leserbriefe an bielefeld@nw.de

Pit Clausen

■ **Der Oberbürgermeister spricht über die Herausforderungen der Krise. Er gibt einen Ausblick, wie das Amt in Zukunft arbeiten könnte. „Jetzt laufen die Ordnungskräfte durch die Stadt und gucken, wo was los ist. Man kann natürlich auch Drohnen über die Fußgängerzone fliegen lassen.“ (Interview in der NW vom 24. Februar).**

@ Die Lektüre des Interviews hat mich fassungslos und wütend gemacht. Herr Clausen warnt vor Lockerung, „weil wir sonst verspielen, was wir uns erarbeitet haben“. Seine Ausführungen kipfeln in der Aussage, dass man immer wieder bereit sein müsse, die Daumenschrauben noch stärker anzuziehen. Was für ein Terminus? Diese vermeintlich Stärke zeigende Worte, sind auch auf Länder- und Bundesebene zu hören.

Herr Clausen stellt sich vor seine Mitarbeiter in der Verwaltung. Das finde ich in Ordnung. Aber sollte man nicht als OB in der Lage sein, ein wenig Demut gegenüber dem Souverän (die Bielefelder Bevölkerung) zeigen und selbstkritisch sein? Wo bleibt die von Clausen angesprochene Kreativität zur Bekämpfung der Pandemie? Blaupausen gibt es

genug. Herr Clausen ist mitverantwortlich, dass es einen hohen Prozentsatz Coronator in Bielefelder Alten- und Pflegeheimen gibt. In dem Bereich hätte das Gesundheitsamt tätig werden sollen, statt wie gebannt auf Inzidenzwerte zu starren und sinnlose Kontaktnachverfolgungen zu machen. Die Schulämter können für eine vernünftige Teststrategie und entsprechende Ausstattung in den Schulen sorgen. Die Mitarbeiter des Ordnungsamtes sollten die Bürger unterstützen und nicht maßregeln. Die Bielefelder City ist seit Mitte Dezember menschenleer. Was soll da noch die Maskenpflicht? Die Bemerkung Herrn Clausens, dass die Impfungen der über 80-Jährigen sehr geordnet verläuft, macht mich angesichts von lediglich 1.300 Biontechimpfungen pro Woche noch ärgerlicher (...).

Herr Clausen, seien Sie bitte endlich aktiv und kreativ, nehmen Sie die Bevölkerung ernst. Sorgen Sie dafür, dass das Impftempo deutlich erhöht wird. Handeln nicht quatschen.

Ralf Kuhlmann
33607 Bielefeld

@ „Wenn es dem Esel zu gut geht, geht er auf Eis“, sagte mein Vater über Menschen, die aus Übermut Dummheiten bege-

hen. Danach hätten in Bielefeld Leitung und Mitarbeiter des Ordnungsamts geschlossen auf das Eis gehört, haben sie doch willkürlich, unverhältnismäßig und völlig sinnfrei nach einer langen Frostperiode das Betreten der Eisflächen verboten (...). An den Eisflächen sind Warnhinweise aufgestellt, die ein Betreten auf eigene Gefahr ausweisen. Eine allgemeine Verkehrssicherungspflicht für den zugefrorenen Teich im Bürgerpark oder den Obersee gibt es nicht. Eine besondere Gefahrenlage bestand auch nicht, weil ein Bürger auf dem Eis niemanden gefährdet.

Das Gefasel von „Rissen im Eis“ und „Vibrationen“, die es angeblich instabil machen, entpuppt sich als trotziges Rechtfertigungsversuch für extensiv ausgelebte Machtfantasien. Und bei alledem spielt unser OB eine höchst unruhliche Rolle. Es ist in Ordnung, wenn er sich schützend vor seine Mitarbeiter stellt (...), das schließt aber berechnete Kritik am Versagen seiner Mitarbeiter nicht aus.

Im gleichen Atemzug über eine Totalüberwachung der Bevölkerung durch Drohnen zu schwadronieren, schlägt dem Fass den Boden aus. Was mag den bislang so geschätzten OB geritten haben, dass er sich zu einer solchen Äußerung hat hinreißen lassen? Es

gibt Lebensbereiche, die gehen den OB nichts an. Grundrechte werden nicht gewährt, der Bürger hat sie. Ihre Einschränkung ist nur auf gesetzlicher Grundlage und nur in engen Grenzen unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zulässig. Das weiß der OB doch. Warum dann diese Polemik und Drohung mit Drohnen?

Es bleibt zu hoffen, dass sich die betroffenen Mitbürger gegen die Ordnungs- und Bußgelder wehren und die Verwaltung von unabhängigen Gerichten ein weiteres Mal in die Schranken gewiesen wird.
Christoph Wruck
33615 Bielefeld

@ Leute, nicht verweilen, rasen sollt ihr. Das erhöht die Einnahmen im städtischen Haushalt. Obwohl, kommt die Überwachung per Drohne, müssen wir abwägen, was lukrativer ist. Nein, Herr Clausen, Sie waren mir bislang sympathisch, ist jetzt leider vorbei.

Ist es nicht vielmehr so, dass wir unsere Gedanken und unsere Wortwahl gerade in dieser Zeit sehr be- und überdenken müssen? Der sprachliche Duktus ist derzeit äußerst angespannt und auf Verbreitung von Angst und Panik ausgelegt. Lasst uns gemeinsam überlegen, wie wir das ändern können (...).
Wir wissen, dass wir auf ein-

ander Acht geben müssen, aber müssen wir uns gleich mit Strafen bedrohen? Ermahnung sollen reichen, auch wenn wir sie wiederholen müssen, auch wenn wir auf jemanden treffen, der sich nicht ermahnen lassen will, wir haben selber andere Möglichkeiten in der Hand (Abstand!).

In dem Sinne, Pit Clausen, nichts für ungut, das mit der Antipathie ist nicht so ernst gemeint.

Jörn Strathoff
33181 Bad Wünnenberg

@ Da hatten wir doch neben den Helikopter-Eltern, den Schreckgespenstern jeder Lehrkraft einen Helikopter-OB. Jedenfalls für einen Tag. Bis er „zurückruderte“ (Zitat NW) und sich im Hinblick auf die angedrohten Drohnen eines Besseren besann. Schließlich muss er „Vorbild“ sein (Zitat Clausen). Wie bei der spontanen Aufstiegsfeier von Arminia Bielefeld, bei der er sich in der von ihm selbst untersagten Menschenansammlung lächelnd ablichten ließ. Ohne von einer Drohne des Ordnungsamts zur Raison gebracht zu werden.
Andreas Siekmann
33647 Bielefeld

@ Wie kann man die übertriebenen Aktionen des Ordnungs-

amtes gutheißen und obendrein noch Drohnenüberwachung in Aussicht stellen? Hier manifestieren sich die Allmachtsfantasien eines abgehobenen Politikers, der schon zu lange an der Macht ist und mittlerweile sogar „bereit (ist), noch stärker die Daumenschrauben anzuziehen“. Solche Wortwahl spricht für sich.

Die Video-Beobachtung von Drogendealern und Junkies im Ravensberger Park darf nicht sein, unbescholtene Bürger sollen aber zukünftig von Drohnen beobachtet werden. Und dann noch zu behaupten, dies geschehe, um die Bürger zu schützen! So etwas ist schlimmste Bevormundung (...).

Man wundert sich wirklich, dass zur Auflösung von „illegalen“ (!) Kindergeburtstagen (nach Denunziation von Nachbarn – so weit sind wir schon!) sofort Einsatzkräfte verfügbar sind, zur schnellen Verfolgung von Drogendeals aber nicht. Wenn unsere Ordnungskräfte so weitermachen, müssen sie und die Politiker sich nicht wundern, wenn sie bald gar keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung haben. Diese Kritik zielt nicht in erster Linie auf die vor Ort eingesetzten Kräfte, sondern auf diejenigen, die solche Anweisungen geben (...).

Andreas Voss
33607 Bielefeld

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Bitte beschränken Sie sich auf eine maximale Länge von 50 Zeitungsspalten (1.400 Anschläge). Längere Leserbriefe werden gekürzt, anonyme Zuschriften nicht berücksichtigt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegen folgende Prospekte bei:

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute einen oder mehrere der genannten Prospekte nicht vorfinden.
Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne!
Telefon (05 21) 5 55-6 27
oder Fax (05 21) 5 55-6 31

